

**Dieser Essay ist zur Veröffentlichung in der Ausgabe 3/2002 der
"Politischen Vierteljahresschrift" (PVS) vorgesehen.**

Sag beim Abschied leise servus.

Die Zivilmacht Deutschland beginnt, ein neues "Selbst" zu behaupten

Gunther Hellmann

Einmal muß man von der Erklärung
auf die bloße Beschreibung kommen.

Ludwig Wittgenstein¹

I.

In den 1990er Jahren ist die Produktion wissenschaftlicher Abhandlungen zur deutschen Außenpolitik explodiert. Bemerkenswert ist nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität der neuen Beiträge. Zeitgeschichtliche Abhandlungen zur Entwicklung deutscher Außenpolitik hat es natürlich schon vor der Vereinigung in Hülle und Fülle gegeben, aber für einen breiteren politikwissenschaftlichen Diskurs wurde die deutsche Außenpolitik erst nach 1990 richtig interessant. Sie war nicht mehr nur Gegenstand in der politikkundlichen Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", sondern fand nun auch ihren Weg in Zeitschriften (Beispiel "International Organization"), die wegen ihrer "Theorieorientierung" hohes Ansehen in wissenschaftlichen Fachkreisen genießen. Deutsche Außenpolitik nach 1990 gab neben politischen Problemen nun auch politikwissenschaftliche Rätsel auf, sie war zu einem interessanten Fall geworden.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht erstaunlich, dass sich im vergangenen Jahrzehnt auch in Deutschland zahlreiche Vertreter der Internationalen Beziehungen dem Feld der deutschen Außenpolitik zuwandten. Für einige war es lediglich eine weitere Station in ihrer langjährigen Beschäftigung mit dem Thema. Andere betraten Neuland. Beide aber waren vor allem neugierig, was wir als Wissenschaftler an Erklärungs- und Orientierungsangeboten vorzuweisen hatten. Für die nachfolgenden Anmerkungen dienen drei neuere Arbeiten als Folie, die jüngst von ausgewiesenen Vertretern des Faches vorgelegt wurden.² Da die Arbeiten sehr unterschiedlich an ihr Thema herangehen, war es nicht das Ziel, sie im

¹Über Gewissheit, § 189.

²Helga Haftendorn: Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung. 1945-2000. Stuttgart, München: Deutsche Verlagsanstalt 2001; Sebastian Harnisch, Hanns W. Maull (Hg.): Germany as a Civilian Power? The foreign policy of the Berlin Republic. Manchester, New York: Manchester University Press 2001; Volker Rittberger (Hg.): German foreign policy since unification. Theories and case studies,

einzelnen vorzustellen und zu diskutieren.³ Vielmehr dienten sie in erster Linie als Folie, um der Frage nachzugehen, wie Kontinuität und Wandel deutscher Außenpolitik, der zentrale Bezugspunkt des politischen wie auch des wissenschaftlichen Diskurses, beurteilt werden. Im folgenden werde ich argumentieren, dass das übereinstimmende Urteil aller drei Werke - dass die Kontinuität bei weitem überwiege - nicht zwingend ist. Vielmehr ist es die Folge einer Entscheidung zugunsten spezifischer Referenzwerte, die Kontinuitätsbeschreibungen begünstigen. In groben Strichen werde ich dem gegenüber bewußt jene Bezugspunkte akzentuieren, die es erlauben, eher ein Bild des Wandels zu zeichnen. Das Argument, das in diesem Essay nur skizziert, aber nicht detailliert ausgeführt werden kann, besagt, dass die außenpolitische Identität Deutschlands momentan die Anfangsphase eines tiefgreifenden Veränderungsprozesses durchläuft. Vieles spricht dafür, dass die nächsten größeren Stationen weder dem Zerrbild einer wieder auferstehenden Großmacht noch dem geschönten Bild einer sich gefügig einordnenden Zivilmacht ähneln werden. In jedem Fall wird die Identität der Berliner Republik eine andere sein als die ihrer Vorgängerin. Ob der Schuß Wehmut, der im ersten Teil des Titels transportiert wird⁴, berechtigt ist, wird sich unter anderem an der Anzahl zukünftiger Kontinuitätsbeschreibungen ablesen lassen.

II.

Schon ein kurzer Blick auf die Debatten über deutsche Außenpolitik Anfang der 1990er Jahren verdeutlicht, wie orientierungsbedürftig nicht nur eine breitere Öffentlichkeit im In- und Ausland, sondern auch die politischen und politikwissenschaftlichen Eliten waren. Wenn auch strittig gewesen sein mag, wie sich deutsche Außenpolitik weiterentwickeln würde, Konsens bestand darin, dass das Verhalten des vereinigten Deutschland zumindest für den alten KSZE-Raum von Vancouver bis Vladivostok von entscheidender Bedeutung war. Aus der Binnenperspektive des politischen Diskurses (O-Ton Hans-Dietrich Genscher 1990: "Die Politik des vereinten Deutschland wird eine Politik des guten Beispiels sein") wie auch aus der Perspektive jener wissenschaftlichen Diskursstränge, die - in Abgrenzung zur "realistischen" Tradition - heute unter Etiketten wie "Liberalismus" oder "Sozialkonstruktivismus" firmieren, bestand überhaupt kein Anlaß, ein Abgleiten vom Tugendpfad multilateraler Einbindungspolitik zu erwarten. Die Fortsetzung der weithin als Erfolgsgeschichte gepriesenen bundesdeutschen Außenpolitik war vielmehr überdeterminiert:

Manchester, New York: Manchester University Press 2001.

³Der Band von Rittberger wurde bereits im Heft 43/1 der PVS besprochen.

⁴Wer den Assoziationen folgen will, sei verwiesen auf den gleichnamigen Erfolgsschlager in der Interpretation von Hans Moser aus den 1930er Jahren (als Audiodatei unter anderem abrufbar bei http://www.steffi-line3.de/Audiothek/Liedermacher/09_oldies_film.htm) sowie Barbara Esser, Sag beim Abschied leise servus. Eine Liebe im Exil, Wien: Kremayr & Scheriau 2002.

innenpolitische Strukturen, internationale institutionelle Einbettung, Verflechtung in dichte Interdependenznetzwerke und eine weitgehend europäisierte Identität des Handelsstaates Deutschland -- all dies untermauerte die Zuversicht jener, die im vereinigten Deutschland wenig anderes als eine größere Bonner Republik sahen. Den Gegenpol markierte eine schwindende Minderheit, die das realistische Weltbild entweder immer schon für das allein seligmachende hielt oder gewisse Intuitionen dieser Traditionslinie immer noch für bedenkenswert erachtete. Hier fiel ins Gewicht, dass sich das sicherheitspolitische Umfeld Deutschlands radikal verändert hatte: ein außenpolitischer Kernauftrag des Bonner Grundgesetzes, die "Einheit in Freiheit", war erledigt, damit einhergehende Beschränkungen nationalstaatlicher Souveränität waren weggefallen, die militärische Bedrohung hatte sich aufgelöst. Warum, so die skeptische Frage dieser Realisten, sollte man von einem Staat, der mehr Sicherheit und mehr Macht erlangt hatte, erwarten, dass er sein Heil nach wie vor in einer "Kultur der Zurückhaltung" sähe? Warum (und wovon) sollten sich die Deutschen "zurückhalten", wenn sie - wie es im Jargon einer neuen Generation deutscher Außenpolitiker hieß - nicht nur das "Selbstbewußtsein einer erwachsenen Nation" an den Tag legen, sondern auch ein gewachsenes Gewicht in die Waagschale der internationalen Politik werfen konnten? Deutete nicht alles darauf hin, dass man sich in Berlin historisch entspannt zurücklehnen und "nach vorne blicken" wollte - in dem Bewußtsein, dass "auch unsere Nachbarn in Europa wissen, dass sie uns als Deutschen umso mehr trauen können, je mehr wir Deutschen selbst unserer eigenen Kraft vertrauen"?⁵

Auf Fragen wie diese drängten sich keine wissenschaftlichen Antworten als *offensichtlich* richtig auf. Ein Problem des politikwissenschaftlichen IB-"mainstream", in dem unter der vagen Erkennungsmarke "Positivismus" die meisten Realisten, Liberalisten und Sozialkonstruktivisten schwammen, bestand darin, dass Außenpolitikanalyse als klassisches Teilgebiet der Internationalen Beziehungen seit den frühen 1970er Jahren stetig an Bedeutung verloren hatte. Mit Graham Allison's drei Modellen schien für lange Zeit alles wichtige gesagt zu sein. Theoriebildung in einem engeren kausalanalytischen Sinne - d.h. theoretische Arbeit, die mehr war als nur Begriffsbildung, Modellentwicklung oder Modellanwendung - hatte im positivistischen "mainstream" in dem Maße an Attraktivität und Bedeutung verloren, wie sich die Einsicht durchsetzte, dass das Spektrum der in der Außenpolitikanalyse berücksichtigungsbedürftigen Variablen das Bewältigungsvermögen gängiger Theoriebildungsverfahren überstieg. Weit weniger leicht als auf der systemischen Ebene ließ sich kaschieren, dass in der abzubildenden außenpolitischen Realität zuviele

⁵ Die letzten drei Zitate entstammen der ersten Regierungserklärung von Gerhard Schröder, "Weil wir Deutschlands Kraft vertrauen ...", Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag, 10.

Variablen variierten und Theoriebildung mit strenger *ceteris paribus*-Konditionierung häufig schnell ins Artifizielle abglitt. In den 1990er Jahren kam der wissenschaftlichen Bearbeitung außenpolitischer Probleme zu Hilfe, dass unter Begriffspaaren wie "structure-agency" und "Ideen-Interessen" sowie mit der Wiederentdeckung der Kategorie "Wandel" neue Horizonte eröffnet wurden. Sie ermöglichten es, auch Themen, die sich bislang gegen eine theoretische Behandlung sperrten, anzugehen. "Single-country theories of foreign policy", eine Erfindung des Altmeisters der Außenpolitikanalyse, James Rosenau, schienen wieder in Reichweite. Doch selbst wenn dieses hehre Ziel nicht erreichbar war, wählte man sich doch mit dem von der "systemischen" auf die Ebene der "Einheiten" (Staaten) transferierten theoretischen Gedankengut auf sichererem wissenschaftlichen Terrain als zuvor.

Gerade im deutschen Fall drängte sich Wandel als untersuchungsleitende Kategorie geradezu auf. Die zentrale *politische* Frage, ob man nach der Vereinigung zukünftigen Entwicklungen eher zuversichtlich (Berlin = Bonn) oder doch eher besorgt ("Viertes Reich") entgegensehen sollte, wurde im *politikwissenschaftlichen* Fachdiskurs in das Problem übersetzt, ob im Vergleich zwischen alter Bundesrepublik und neuem Deutschland Wandel oder Kontinuität überwiege. Da dem Theoriebaukasten der positivistisch dominierten Außenpolitikanalyse eine Prädisposition zur ewigen Wiederkehr bekannter Muster inhärent ist, markierte Kontinuität gleichsam den "default"-Fall. (Dass wir über eine "Theorie" für etwas "Neues", den GAU beobachteter Nicht-Kontinuität, verfügen könnten, ist nach positivistischem Theorieverständnis ein Widerspruch in sich). Alles, was sich nicht wandelt, ist Kontinuität, wobei Wandel zumeist mit der anspruchsvollen Umschreibung belegt war, dass sich etwas *grundlegendes* in der Außenpolitik ändern müsste. Ab welcher Qualität von Wandel aber würde sich Übereinstimmung erzielen lassen, dass wir auf einem imaginären Kontinuum von absoluter Stabilität bis hin zu einem Heraklitischen "Alles fließt" die dichotomische Trennlinie überschritten haben und Kontinuität in Wandel umgeschlagen ist?

III.

Diese Überlegungen mögen im pejorativen Sinne "akademisch" klingen, sie spiegeln aber zumindest insofern die reale akademische Diskussion wider als nach 1990 ein Großteil der politikwissenschaftlichen Beobachter deutscher Außenpolitik die Gratwanderung zwischen Kontinuität und Wandel ins Zentrum der Analyse rückte. Gewiss, die theoretische und methodische Bandbreite verfügbarer Arbeiten ist beträchtlich und auch die empirischen Gegenstände stammen aus unterschiedlichsten Feldern. Bei den Arbeiten, die hier als Folie

dienen, spielen zudem neben der Frage Kontinuität/Wandel auch andere Erkenntnisinteressen eine wichtige Rolle. Im Rittberger-Projekt geht es um die Frage, welche unter einem gängigen Spektrum von (in der Regel systemischen und daher für Zwecke der Außenpolitikanalyse rekonstruktionsbedürftigen) Theorien die bisherige Entwicklung deutscher Außenpolitik besser erklären kann (wobei "Entwicklung" als Ausweichbegriff für eine Verortung auf einem Wandel-Kontinuitätsspektrum dient). Das Ergebnis einer stattlichen Reihe detaillierter und nach einem einheitlichen Design durchgeführter Fallstudien besagt, dass eine als Konstruktivismus bezeichnete Außenpolitiktheorie die besten Erklärungen liefert, während der traditionelle Realismus am wenigsten erklärungskräftig ist. Im Trierer Projekt geht es um die Frage, ob bestimmte Verhaltensweisen, die sich in unterschiedlichen Feldern deutscher Außenpolitik beobachten lassen, mit einem in den 1990er Jahren entwickelten Idealtypus "Zivilmacht" übereinstimmen oder nicht. Zwar ließen sich in allen Feldern und wiederholt Verhaltensweisen beobachten, die dem Idealtypus entweder eindeutig widersprachen oder ambivalent waren, insgesamt aber meinen die Herausgeber trotzdem den Schluß aufrecht erhalten zu können, dass sich Deutschland noch immer zurecht eine Zivilmacht nennen kann. Bei Helga Haftendorns historischer Gesamtdarstellung deutscher Außenpolitik seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges geht es darum, das Rätsel aufzulösen, wie in etwas mehr als einem halben Jahrhundert aus einem aussätzigen Schurkenstaat die Erfolgsgeschichte Bundesrepublik Deutschland werden konnte. Dieses Rätsel löst die Autorin, indem sie in den unterschiedlichen Phasen und Teilbereichen westdeutscher Nachkriegspolitik das taktische Geschick und die Beharrlichkeit der westdeutschen Diplomatie in der Verfolgung deutscher Interessen nachzeichnet. Sie räumt dabei unter anderem mit der Mär einiger neuer Berliner Großmachtstrategen auf, dass die Bonner Außenpolitik selbstbewußtlos hin und her wankte. Der Kern des Bonner Erfolgsrezepts lag nicht in einem als "Kultur der Zurückhaltung" kaschierten, vermeintlich selbstlosen Interessenverzicht, wie ihn die neue Generation der außenpolitisch "Selbstbewußten" den Bonner Vorgängern ins Stammbuch schreiben will. Vielmehr lag er darin, dass die außenpolitische Elite der alten Bundesrepublik die Grenzen der eigenen Handlungsfähigkeit richtig erkannte, akzeptierte und zum eigenen Vorteil nutzte. Sie setzte, wie Haftendorn dies nennt, auf die "Methode des Souveränitätsgewinns durch Souveränitätsverzicht" (Haftendorn, S. 436).

So unterschiedlich die Fragestellungen und Vorgehensweisen in diesen drei Arbeiten auch sein mögen, in einem Punkt treffen sie sich: alle akzeptieren die realistische Erwartung einer Renaissance realpolitischer Verhaltensweisen als auch für ihre Forschung erkenntnisleitende Herausforderung und alle kommen zu dem Schluss, dass hinreichend viel Zeit verstrichen ist

und sich genügend Belege anführen lassen, um gerechtfertigterweise behaupten zu können, dass sie sich im deutschen Fall als irreführend erwiesen hat. Die Berliner Republik stehe klar in der Kontinuität ihres Bonner Vorläufers und nichts erhärte die Sorge, dass ein Rückfall in überkommene realpolitische Verhaltensweisen droht. Vielmehr können wir - gleichsam in Extrapolation der bislang beobachtbaren Kontinuität - zuversichtlich davon ausgehen, dass sich daran auch auf absehbare Zeit nichts ändern wird (vgl. Harnisch/Maull, S 142). Gewiss, wer Willy Brandts Warnung vor der "ultima irratio" einer militärischen Lösung des Golf-Konflikts vom November 1990 noch im Ohr hat und in Erinnerung ruft, dass damals alle Parteien eine direkte militärische Beteiligung an der völkerrechtlich unstrittig legitimen Befreiung Kuweits ablehnten und dies vergleicht mit der von einer rot-grünen Regierung als "ultima ratio" abgesegneten Teilnahme an einer völkerrechtlich zumindest zweifelhaften Aktion gegen Serbien, der kann nicht umhin, zumindest eine "modifizierte Kontinuität" (Harnisch/Maull, S. 2, 130) einzuräumen. Für die meisten Beobachter ändert dies allerdings nicht das Gesamturteil, dass sich die Waage auf die Kontinuitätsseite neigt.

Trotzdem, wie unterschiedlich die Akzente auch gesetzt sein mögen: sowohl die eher historisch-narrative wie auch die systematisch vergleichende und die theorietestende Vorgehensweise belegen, dass man als Beobachter deutscher Außenpolitik nach Vollendung des wissenschaftlichen Werks in den unterschiedlichsten Formen empirischer Analyse noch immer die Wahl hat, ob sich die Waage zur Seite der "Kontinuität" oder zur Seite des "Wandels" neigen sollte. Natürlich kann man sich einer solchen Form der Bilanzierung auch mit dem Müßigkeitsargument entziehen. Wenn man sich aber (wie alle hier besprochenen Arbeiten) darauf einläßt, dann sollte man zweierlei in Rechnung stellen: zum einen, dass sich das "Glas-ist-halb-voll-versus-halb-leer" Problem nicht *wissenschaftlich* (im Sinne von gerechtfertigterweise "wahr" oder "falsch") lösen läßt; zum anderen, dass *jegliche* Form der Beschreibung Folgen zeitigt. Angesichts der durchweg positiven Assoziationen mit der Außenpolitik der Bonner Republik werden *Kontinuitätsbeschreibungen* all jene beruhigen, die sich Sorgen machten. Umgekehrt werden Beschreibungen, die den *Wandel* akzentuieren, zumeist allein schon deshalb eher beunruhigend wirken, weil der Vorstellungsraum einer deutschen Außenpolitik *jenseits* der Bonner Republik kaum positive Assoziationen weckt. Die Alternative einer Beschreibung, die Wandel statt Kontinuität betont, ist daher alles andere als ein lediglich "akademischer" (will sagen: politisch *irrelevanter*) Streit um Worte. Vielmehr ist sie eine weitreichende Entscheidung darüber, wo und wie in der "bloßen" wissenschaftlichen Beschreibung - auf die wir, Wittgenstein folgend, bei *jeder* Erklärung *irgendwann* kommen müssen - Akzente gesetzt werden sollen, Akzente, die ihrerseits vor allem dann auch politische Konsequenzen zeitigen werden, wenn, wie hier, herausragende

Vertreter des Faches zu einem insgesamt ähnlichen Urteil gelangen.

IV.

Im folgenden argumentiere ich, dass man selbst dann, wenn man die empirischen Ergebnisse dieser Untersuchungen weitgehend teilt, zu einer anderen Gewichtung gelangen kann. Mehr noch: ich werde argumentieren (angesichts des knapp bemessenen Raumes aber nicht detailliert belegen), dass wir bei genauer Betrachtung bereits *jetzt* zahlreiche Anzeichen für *weitreichenden* Wandel sowohl im "Stil" wie auch in der Substanz deutscher Außenpolitik feststellen müssen. Diese These basiert auf der Einschätzung, dass die beschwichtigende Rede von der Kontinuität insofern irreführend ist, als sie sich vorwiegend an überkommenen Koordinaten bundesrepublikanischer Außenpolitik orientiert. Diese taugen unter den veränderten Rahmenbedingungen nur noch bedingt, um die zentralen Merkmale neuer deutscher Außenpolitik auf den Begriff zu bringen. Das alte Vokabular zur Charakterisierung (manchmal auch Idealisierung oder Verteufelung) deutscher Außenpolitik greift deshalb nicht mehr, weil es Unterscheidungen und Ausschließlichkeiten suggeriert, die den Kern der neuen Lage nicht mehr treffen. Vermittelt über Diskurs und Entscheidungen läßt sich vielmehr zeigen, dass sich im außenpolitischen Denken und Handeln Verschiebungen vollzogen haben, die die impliziten Gegensätze zwischen "Zivilmacht" auf der einen und "Großmacht" (oder, wie Gerhard Schröder in der Selbstbeschreibung des neuen Deutschland feinsinnig differenzierte: einer "großen Macht") auf der anderen Seite, zusehends verwischen.

Diese Entwicklungen der letzten Jahre werden in den vorliegenden Arbeiten unterschätzt, weil sie zumeist die krassen Varianten realistischer Referenzwerte (wie etwa John Mearsheimers Szenario eines deutschen Vormachtstrebens, das starr auf Streitkräftepotenziale fixiert bleibt) zum Beurteilungsmaßstab für Kontinuität und Wandel nehmen. Mearsheimers Blick ist allerdings genauso unfähig, originär neue Formen zwischenstaatlicher Kooperation oder Herrschaft zu antizipieren wie die implizite Dichotomie zwischen Zivilmächten und Großmächten Raum läßt für neue und in groben Umrissen durchaus zivile Formen machtbasierter (und insofern großmachtähnlicher) Interessendurchsetzung. Das größte Defizit der gegenwärtigen Beschäftigung mit deutscher Außenpolitik (wie auch einer sich an US-amerikanischen "rationalistisch-versus-konstruktivistischen" Dichotomien abarbeitenden IB-Forschung generell) scheint mir darin zu liegen, dass vor dem Hintergrund paradigmatisch zugespitzter Alternativen Ausschließlichkeiten suggeriert werden, die nicht plausibel sind, d.h. mit unserer historischen Erfahrungen mit zwischenstaatlichen Prozessen nicht übereinstimmen. Überzeugend sind sie

nur dann, wenn man - um einen weiteren Gedanken Wittgensteins zu entlehnen - gängige paradigmatische "Abrichtungen" des Faches zum Maßstab nimmt und die Welt durch einen "realistischen" (respektive "konstruktivistischen") Filter schickt oder Staaten in ein Zweiklassensystem mit den Etiketten "Zivilmacht" und "Großmacht" presst.

Entwarnung hinsichtlich drohender Gefahren oder Risiken, die aus ziviler Großmachtspolitik resultieren könnten, ist nicht nur deshalb fehl am Platze, weil sich Fälle wie die Unterdrückung des "Blauen Briefes" durch Bundeskanzler Schröder Anfang 2002 häufen - Fälle also, in denen es sich deutsche Außenpolitiker unter subtilem Verweis auf deutsche Macht herausnehmen, eindeutige Regeln zu übergehen. Vielmehr ist Entwarnung in einem grundsätzlicheren Sinn schon deshalb unangebracht, weil unsere Erfahrung lehrt, dass "kluge Macht" (E.O. Czempiel) eine historische Rarität ist und zumal in der deutschen Geschichte Seltenheitswert hat. Klugheit und diplomatisches Geschick, jene Fertigkeiten, die Helga Haftendorn den Regierenden der Bonner Republik in außenpolitischen Dingen zurecht zuschreibt, sind für kleine Mächte überlebenswichtige Tugenden. Die großen Mächte hingegen scheinen nur in Ausnahmefällen Zeit für aufwendige Formen argumentativer (oder auch geschickt-manipulativer) Interessendurchsetzung zu haben. Statt dessen wählen sie eher, eben weil sie es sich erlauben können, das plumpe aber nicht minder zielführende Instrumentarium von Befehl und Gehorsam. "Abnutzungsmultilateralismus" (T. Garton Ash), das beharrliche und geduldige Bohren dicker diplomatischer Bretter, war zu Zeiten der Bonner Republik die spezifisch deutsche Variante kommunikativen Handelns. Sie war ein notwendiges und angesichts der beschränkten deutschen Macht auch alternativloses Mittel der Überlebenssicherung. Auch der Berliner Republik verhilft sie noch immer zu diplomatischen Erfolgen wie der Fischer-Plan zur Beendigung des Kosovo-Krieges oder die Afghanistan-Konferenz auf dem Petersberg zeigen. Allerdings hat, wie vor allem der Trierer Beitrag zur deutschen EU-Politik von Ulf Frenkler zeigt, die Berliner Republik in den vergangenen Jahren ebenso gelernt, dass auch das Instrumentarium von Befehl und Gehorsam erfolgreich angewendet werden kann. Auch dicke Bretter, diese Lektion haben die Länderchefs im Zusammenhang mit dem Amsterdamer Vertrag (Asylfrage) und Bundeskanzler Schröder bei der Ablehnung des "Blauen Briefes" gelernt, kann man schneller bohren, wenn man nur den Druck erhöht. Die Erfahrung, dass ein Bohrer bei zu hohem Druck oder unerwarteten Widerständen auch brechen kann, hat die Schröder-Regierung bislang eher selten gemacht, die fehlgeschlagene Besetzung des IWF-Direktorenposten mit dem Deutschen Caio Koch-Weser ist hier allerdings ein lehrreiches Beispiel.

Die anstehenden Entscheidungen zur Erweiterung und zur Vertiefung der Europäischen

Union (Konvent) sowie zur Neuformierung von NATO und EU im Nachgang zu den Ereignissen des 11. September 2001 stellen Herausforderungen dar, die deutsche Außenpolitik nicht nur hinsichtlich des Stils ("Kultur der Zurückhaltung", Prädisposition zum Multilateralismus), sondern auch in der Substanz in neuer Weise fordern. Dies hängt nicht zuletzt insbesondere damit zusammen, dass diese Entscheidungen und die damit einhergehenden Prozesse "nationaler" Interessenformulierung die beiden wichtigsten bilateralen Säulen bundesdeutscher Außenpolitik zu schwächen und damit auch die damit verbundenen klassischen Institutionen westdeutscher Einbindungspolitik zu unterminieren drohen. Die Staatsräson der Bonner Republik basierte auf der Überzeugung, dass im Nachkriegseuropa die doppelte Aufgabe, Sicherheit *für* und *vor* Deutschland zu gewährleisten, nur dann zu lösen war, wenn es gelang sowohl mit den USA (NATO) wie auch Frankreich (EG/EU) engste Beziehungen aufrecht zu erhalten. Wie Helga Haftendorn detailliert aufzeigt, liegt in der erfolgreichen Lösung dieser Aufgabe eine wesentliche Ursache für die Erfolgsgeschichte der Bonner Außenpolitik. Diese beiden Säulen Bonner Erfolgs haben in den vergangenen Jahren jedoch just im selben Moment (wenn auch aus unterschiedlichen Gründen) zu wanken begonnen: die deutsch-französische, weil die Deutschen zunehmend einen hervorgehobenen Rang in der europäischen Machthierarchie einklagen und in sichtbaren Vorteilen auch gegenüber Frankreich honoriert sehen wollen; die deutsch-amerikanische, weil die Ereignisse des 11.9.2001 sowohl den bereits zuvor beobachtbaren Hang der Amerikaner zu unilateralem Vorgehen verstärkt wie auch das Selbstbehauptungsinteresse der Europäer beflügelt haben. Für die Deutschen läuft diese doppelte Behauptung ihres "Selbst" auf eine Belastungsprobe ihrer europäisierten deutschen Identität hinaus. Zugespielt formuliert könnte man sagen, dass diese merklich "deutscher" wird: der Impuls zur Selbstbeschränkung wird in dem Maße schwächer wie ein neuer Wille zur Selbstbehauptung durchbricht - vor allem gegenüber den beiden wichtigsten Verbündeten der Vergangenheit. Deutsche Außenpolitik bewegt sich immer weniger "zwischen" den beiden Polen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung, die Haftendorn im Titel ihres Buches festgehalten hat, sondern immer deutlicher hin auf jenen Pol, der im außenpolitischen Diskurs mit neuen Vokabeln umschrieben wird: "außenpolitisches Selbstbewußtsein", "Stolz, Deutscher zu sein", "erwachsen" oder "normal" werden. Dass nach der Erledigung der beiden Kernaufträge Bonner Außenpolitik (Überlebenssicherung durch gemeinsame Verteidigung im NATO-Bündnis sowie Vereinigung der beiden deutschen Staaten) nunmehr eine expansive Strategie greift, die angesichts der enorm gestiegenen Erwartungen der Nachbarn und Partner nicht nur neue politische Ziele, sondern auch einen neuen Stil zeitigt, kann kaum überraschen. Überraschend wirkt eher, wie robust sich die Beschreibung von der Kontinuität

erweist.

Andererseits stehen natürlich sämtliche Experten einer "history of the present" vor dem Problem der fehlenden zeitlichen Distanz. Dies gilt, sofern - wie in den hier vorgelegte Arbeiten - auch mit historischen Materialien gearbeitet wird, selbstverständlich auch für theorieorientierte politikwissenschaftliche Arbeiten. Natürlich sind auch Wissenschaftler zugleich Produkt und Schöpfer ihrer Welt. Wie alle anderen unterliegen auch sie den üblichen kognitiven Beschränkungen menschlicher Wahrnehmungsfähigkeit - ob Beobachtungen nun im Vokabular des Altbekannten oder des Neuen formuliert werden. Die Beschreibung einer Entwicklung als Kontinuität ist in einem grundsätzlichen Sinne nicht nur deshalb naheliegend, weil es ausgesprochen irritierender Beobachtungen bedarf, um das Prädikat "neu" zu verwenden. Kontinuitätsbeschreibungen drängen sich auch dann auf, wenn die Alternativen politisch unangenehm sind. Für die deutsche Außenpolitik galt das letztere spätestens ab dem Zeitpunkt, als die Bonner Republik sich als Erfolgsgeschichte herauschälte. Eine irritierende Qualität, wie sie in jüngster Zeit etwa den Ereignissen um den 11. September 2001 zugesprochen wird, wies die deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung jedoch zu keinem Zeitpunkt auf. Am nächsten kam dem noch die umstrittene Anerkennung von Kroatien und Slowenien im Jahr nach der Vereinigung. Alles in allem aber waren die Veränderungen auf ein Duzend Jahre verteilt. Wirklich einschneidend erschienen sie nur jemandem, der sich innerhalb von Sekunden in einer Zeitreise aus den Jahren 1989/90 in das Jahr 2001/2002 katapultiert sähe.

Dass wir als Zeitgenossen unsere Gegenwart als einen stetigen Prozess von bestenfalls graduellen Veränderungen wahrnehmen, heißt aber nicht, dass sich heute nicht etwas ereignen könnte, was zukünftige Historiker in der Rückschau als weitreichenden und genuinen Wandel beschreiben werden. Die Bonner Republik und ihre Außenpolitik ist das beste Beispiel dafür, dass in einer Konstellation, in der sich nicht nur im äußeren Umfeld (Niederlage im Zweiten Krieg und Beginn des Ost-West-Konflikts), sondern auch im inneren (Identität) grundlegende Veränderungen vollziehen, genuin Neues entstehen kann. Gewiss, der Einschnitt 1989/90 ist weit weniger gravierend als dies 1945 der Fall war. Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass sich die Lektionen, die aus den vorangegangenen Ereignissen zu ziehen waren, in beiden Fällen grundlegend unterscheiden. Die Nachkriegsdeutschen mußten fast alles anders machen als zuvor, wenn sie wieder Anerkennung erlangen wollten: sie mußten sich gleichsam neu erfinden. Demgegenüber konnten die wieder vereinigten Deutschen alles genauso weiter machen, wie es die Westdeutschen vierzig Jahre lang erfolgreich vorgeführt hatten: sie mußten nur kopieren. Genauso wenig wie aber die

Nachkriegsdeutschen alles anders machten, werden die Nachfahren der Bonner Republik alles nur kopieren. In jedem der drei Werke finden sich Hinweise auf Modifizierungen im außenpolitischen Handeln. Unterm Strich halten sie trotzdem das Gesamturteil der Kontinuität aufrecht.

V.

Da die Zukunft nicht nur die beste, sondern auch die einzige Richterin über die Qualität wissenschaftlicher Urteile ist, werde ich mit einer Prognose schließen, die den Kontrast zu Haftendorn, Harnisch/Maull und Rittberger nochmals akzentuiert: Mit jedem weiteren Jahr Berliner Außenpolitik wird die Anzahl der Anhänger von Kontinuitätsbeschreibungen abnehmen. Des weiteren wird die Anzahl derjenigen zunehmen, die die zweite Hälfte der 1990er Jahre, vor allem die Zeit nach dem Regierungswechsel zu Rot/Grün 1998 als einen *weitreichenden* Einschnitt in der Geschichte deutscher Nachkriegsaußenpolitik beschreiben werden. Die derzeit noch strittige konzeptionelle Unterscheidung zwischen Bonner und Berliner Republik wird in zehn Jahren zum Gemeingut geworden sein. "Bonn" und "Zivilmacht" werden dann genauso Gegenstand historischer (statt zeitgenössisch-politikwissenschaftlicher) Analyse sein wie heute "Weimar" oder "Drittes Reich". Wenn die neue Generation deutscher Außenpolitiker dasselbe Geschick an den Tag legt, mit dem ihre Bonner Vorgänger reüssierten, wird es niemanden mehr irritieren, dass Begriffe wie "Zivilität" und "Großmacht" in einem Atemzug genannt werden. Wenn nicht, werden sich viele darüber wundern, wie eindeutig bekannte Politikwissenschaftler zehn Jahre zuvor die realistische Tradition als nicht erklärungskräftig verwarfen.